

# BZ BERNER ZEITUNG



## LITERATUR

### Ruth Schweikert meldet sich zurück

«Wie wir älter werden» heisst Schweikerts dritter Roman: Eine Begegnung mit der fünffachen Mutter und einem Leben zwischen Literaturbeamtentum und der reinen Schriftstellerei. **SEITE 27**

## EISHOCKEY

### Eine kanadische Lehrstunde

Das Schweizer Nationalteam hat an der WM in Prag gegen Kanada deutlich 2:7 verloren. Dennoch steht die Qualifikation für die Viertelfinals für die Equipe Glen Hanlons so gut wie fest. **SEITE 17**



AZ Bern, Nr. 108 | Preis: CHF 3.90 (inkl. 2,5% MwSt)

AUSGABE STADT + REGION BERN

www.bernerzeitung.ch

**Heute 7°/25°**  
Die Sonne teilt sich den Platz am Himmel mit reichlich Schleierwolken.

**Morgen 10°/28°**  
Morgen ist das erneut der Fall, es wird noch ein paar Grad wärmer! **SEITE 15**

## Bern im Lauffieber



Urs Baumann

**34. GP VON BERN** 28 288 Laufbegeisterte sind am Grand Prix von Bern ins Ziel gekommen – über 100 000 Zuschauer jubelten ihnen zu. Im 10-Meilen-Rennen kam es zu einem Start-Ziel-Sieg des Favoriten Tadesse Abraham. Der gebürtige Eritreer, der seit elf Monaten den Schweizer Pass besitzt, verteidigte seinen Titel. Bei den Frauen setzte sich Viktoria Pogorielska (Ukr) durch. Martina Strähl von der LV Langenthal klassierte sich als beste Schweizerin auf Platz 5. Im Altstadt-GP (Bild) hat die Kirchbergerin Delia Sclabas erneut ihr grosses Potenzial unter Beweis gestellt. **tww SEITE 2 + 3, 18 + 19, 24 + 25**

digte seinen Titel. Bei den Frauen setzte sich Viktoria Pogorielska (Ukr) durch. Martina Strähl von der LV Langenthal klassierte sich als beste Schweizerin auf Platz 5. Im Altstadt-GP (Bild) hat die Kirchbergerin Delia Sclabas erneut ihr grosses Potenzial unter Beweis gestellt. **tww SEITE 2 + 3, 18 + 19, 24 + 25**

## STADT BERN

### Mehr Rücksicht im Stadtverkehr

Die Stadt Bern prüft im Rahmen ihrer Velooffensive Massnahmen, um die gegenseitige Toleranz der verschiedenen Verkehrsteilnehmer zu stärken. Als Vorbild dient Luzern. **SEITE 2 + 3**

## STADT BERN

### Reitschule stemmt sich gegen Dealer

Mit verschiedenen Aktionen will die Reitschule ihren Vorplatz gegen den Drogendeal verteidigen. Zum Auftakt blieb das Kulturzentrum am Samstag bis Mitternacht geschlossen. **SEITE 3**

## STEUERHINTERZIEHUNG

### FDP-Mann gibt der SP recht

FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann bestätigt eine Kritik der SP: Die Steuerhinterziehung finde in der Schweiz in wesentlich grösserem Ausmass statt als bisher angenommen. **SEITE 12**

## MAZEDONIEN

### Heftige Kämpfe mit Unbekannten

In der mazedonischen Stadt Kumanovo liefern sich Sicherheitskräfte heftige Gefechte mit bisher unbekanntem Angreifern. In der Region wächst die Angst vor weiterer Destabilisierung. **SEITE 14**

## WAS SIE WO FINDEN

Kinos .....	16
Unterhaltung .....	26
BZ-FORUM .....	29
Agenda .....	30
TV/Radio .....	31
Anzeigen:	
Todesanzeigen .....	4

## WIE SIE UNS ERREICHEN

Zentrale .....	031 330 31 11
Abo-Service .....	0844 844 466 (Lokaltarif)
Redaktion Bern .....	031 330 33 33
Redaktion E-Mail .....	redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen .....	031 330 33 10
Leserbilder, SMS .....	4488

BZ BERNER ZEITUNG



9771422987002 10020

## Der Druck auf Markwalder steigt

### KASACHSTAN Geheime Kommissionsdokumente fanden den Weg von FDP-Nationalrätin Christa Markwalder nach Kasachstan.

Die Aussenpolitikerin Christa Markwalder (FDP, BE) hat Dokumente, die dem Kommissionsgeheimnis unterstehen, an eine Lobbyistin weitergegeben. Von dort gingen sie an regimenahe Kräfte in Kasachstan. Markwalder bestätigte den Sachverhalt gegenüber der «SonntagsZeitung». Sie zeigt sich aber «enttäuscht» darüber, dass die Lobbyistin Marie-Louise Baumann die Unterlagen sofort ihren kasachischen Auftraggebern ausgehändigt hat. Zudem versucht Markwalder, sich zu rechtfertigen. Die fraglichen Dokumente seien weder brisant noch vertraulich gewesen. Die rechtliche Regelung bei einer solchen Weitergabe sei unklar.

Dem widersprechen andere Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission (APK). Mehrere Parlamentarier äussern sich zu einer solchen Wahl skeptisch. **ki SEITE 11**

reitere Politiker verschiedener Parteien taxieren das als einen klaren Verstoß gegen die Gepflogenheiten in der APK. Und mehr noch: Das Verhalten Markwalders schade der Kommissionsarbeit. Denn das Kommissionsgeheimnis sei eine wichtige Grundlage dafür, dass Experten und Bundesräte offen Auskunft gäben. Je weniger sie sich darauf verlassen können, desto unverbindlicher fallen ihre Antworten aus. APK-Mitglieder gehen deshalb davon aus, dass Markwalders Fauxpas an der nächsten Sitzung ein Thema sein wird.

Auch die FDP Schweiz schenkt dem Thema nun mehr Beachtung. Laut Parteipräsident Philipp Müller wird die FDP-Leitung heute «die ganze Angelegenheit beraten» und zu gegebener Zeit darüber informieren.

Noch offen ist, ob Markwalders Wahl zur Nationalratspräsidentin im kommenden Jahr gefährdet ist. Mehrere Parlamentarier äussern sich zu einer solchen Wahl skeptisch. **ki SEITE 11**

## Schlecht für Firmen

**ERBSCHAFTSSTEUER** Bei einem Ja zur Volksinitiative für eine nationale Erbschaftssteuer würde die Steuerbelastung steigen. Deshalb lehnt der vermögende Berner Unternehmer Willy Michel das Volksbegehren ab. Dabei wäre er nicht einmal gegen eine höhere Erbschaftssteuer. Aber dann müssten im Gegenzug die Vermögenssteuern sinken, wie er erläutert.

Willy Michel kritisiert auch die negativen Folgen für Firmen. Seine Kinder wären nach einem Ja zu dieser Initiative gezwungen, Aktien zu verkaufen, um die Nachlasssteuer finanzieren zu können. Als Folge müsste das Unternehmen mehr Dividenden ausschütten und könnte weniger investieren. **ki SEITE 12 + 13**

## Bluttat mit fünf Toten

**WÜRENLINGEN** Am späten Samstagabend sind im aargauischen Würenlingen bei einem Beziehungsdelikt fünf Personen ums Leben gekommen. Beim Täter handelt es sich um einen 36-jährigen vorbestraften Familienvater aus dem Kanton Schwyz. Zuerst erschoss der Täter seinen 58-jährigen Schwiegervater, seine 57-jährige Schwiegermutter und seinen 32-jährigen Schwager. Danach streckte er in unmittelbarer Nähe einen 46-jährigen Nachbarn seiner Schwiegereltern nieder, ehe er sich selber richtete.

Der Mann lebte getrennt von seiner Frau und seinen drei Kindern. Sowohl der Täter wie seine Familie waren fürsorglich untergebracht. **sda SEITE 32**

## Routinierte Young Boys

**FUSSBALL** Siegen, ohne zu glänzen: Beim 3:1 gestern Nachmittag im Stade de Suisse gegen St. Gallen verrichtete YB Dienst nach Vorschrift. Nach einem engagierten Beginn und Treffern von Topskorer Guillaume Hoarau, der einen Handspenalty verwertete, und Gonzalo Zarate, der per Kopfball traf, liessen die Berner stark nach.

Den Gästen aus der Ostschweiz gelang bald nach dem Seitenwechsel der Anschlusstreffer, YB kam in der Folge vorübergehend arg ins Rudern. Den Deckel auf den Topf setzte dann aber einer, der eine lange Durststrecke beenden konnte: Der viel gescholtene Raphael Nuzzolo traf zum 3:1 – und zum ersten Mal seit September 2014. **mrm SEITE 21**

## Premiere zum Auftakt

### SCHWINGEN Die Kranzfestsaison beginnt mit einer grossen Überraschung: Am «Oberländischen» in Boltigen triumphiert Matthias Aeschbacher.

Nicht Favorit Matthias Sempach, nicht Matthias Glarner; und auch nicht Kilian Wenger oder Hüne Christian Stucki – das

erste Kranzfest des Jahres im Kanton Bern gewann mit dem 23-jährigen Matthias Aeschbacher ein krasser Aussenseiter. Der Nicht-«Eidgenosse» aus dem Emmental triumphierte am «Oberländischen» in Boltigen erstmals auf höchster Stufe, im Schlussgang bodigte er Simon Anderegg.

Zu eingangs erwähnten Grössen: Wenger beendete den Wettkampf als Zweiter, was angesichts seiner von Verletzungen geprägten Vorbereitung nicht erwartet werden durfte. Er teilte den Rang mit Glarner, Stucki folgte unmittelbar danach. Schwingerkönig Sempach musste sich mit Platz 5 begnügen. **phr SEITE 23**

# Nachrichten


**WILLY MICHEL**

## Engagiert gegen die Erbschaftssteuer

Der Burgdorfer Unternehmer Willy Michel spricht über die Erbschaftssteuer und das Zentrum Paul Klee. **SEITE 12 + 13**

+++ Zeit für eine neue Steueramnestie? SEITE 12 +++ Rätselhaftes Blutbad in Mazedonien SEITE 14 +++ Schottische Spannungen SEITE 15 +++

**11**

## Doris Leuthard stolpert durch den Abstimmungskampf

So war das nicht geplant. Das neue Finanzierungsmodell für den öffentlichen Rundfunk, das mit dem Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) am 14. Juni an die Urne kommt, interessiert im Abstimmungskampf höchstens am Rande. Im Zentrum stehen stattdessen die SRG und der Service public. Das ist im Prinzip eine gute Sache. Die Politik drückt sich schon viel zu lange vor der überfälligen Diskussion zu den Grenzen des medialen Service public. Nur: Für eine Debatte braucht es zwei. Solange die RTVG-Befürworter nicht mitmachen, gibt es keine. Es sei die falsche Vorlage und der falsche Zeitpunkt, beharren diese denn auch. Sie entziehen sich, als ob ihnen vor der lästigen Auseinandersetzung graute. Lieber halten sie an dem fest, was sie offenbar für eine geeignete Strategie halten: aufschieben und aussitzen.

### BZ Kommentar



Politikredaktor **Peter Meier** zum Abstimmungskampf ums neue Radio- und TV-Gesetz

**Die Verweigerungspareole kommt von ganz oben.** Ausgegeben von Doris Leuthard zum Auftakt des Abstimmungskampfes – und seither unablässig vorgebetet: Der RTVG-Urnengang habe mit den SRG-Programmen und dem Service public «nichts zu tun», so das schulmeisterliche Verdikt der Medienministerin. Die Inkassofrage sei gefälligst von der Inhaltsdiskussion zu trennen. Und das, obwohl sie selbst den Wechsel zur allgemeinen Medienabgabe explizit mit dem Service public begründet.

Im traditionell SRG-hörigen Parlament ist Leuthard mit dieser argumentativen Spitzkehr durchgekommen. Aber hat sie ernsthaft geglaubt, das funktioniere auch im Abstimmungskampf? Das hiesse: Die Magistratin hat entweder den Gegner und die Emotionalität des Themas mächtig unter-

schätzt. Oder die eigene Stärke ziemlich überschätzt. Schwer zu sagen, welches der grössere politische Schnitzer ist.

**SRG-Chef Roger de Weck weibelt in zwischen, was das Zeug hält.** Leuthard hingegen stolpert durch diesen Abstimmungskampf und verheddert sich ein ums andere Mal in der eigenen Argumentation. In Interviews klagt Leuthard über die Gegner: «Sie haben Geld, manche von ihnen stellen auch falsche Behauptungen auf.» Natürlich zielt deren grossflächige Kampagne vorab aggressiv auf die SRG. Aber war damit etwa nicht zu rechnen? In der «Aargauer Zeitung» sagt Leuthard: «Ich stelle fest, dass die SRG viele Feinde hat – gerade unter Journalisten. Da spielen wohl auch gewisse Ressentiments mit.» Larmoyanz statt Argumente – weil es anders läuft als gewünscht. Im gleichen Atemzug

verteigt sich die Bundesrätin dann zur abenteuerlichen Behauptung: «Wer der SRG schaden möchte, muss dieser Vorlage zustimmen.» Leuthard beklagt eine angebliches SRG-Bashing, das sie zugleich für sich nutzen will.

**Natürlich: Man kann die Service-public-Debatte** auch nach der Abstimmung führen, wie Leuthard etwa in der «Tribune de Genève» beteuert. Doch die nächste Pirouette folgt sogleich: Sie sehe nicht wirklich, «inwiefern man die Definition des Service public verändern müsste». Wer bislang nicht am politischen Willen zur ernsthaften Debatte zweifelte, wenn der Druck erst einmal weg und die SRG-Milliarden im Trockenen sind, der sollte spätestens jetzt ins Grübeln kommen.

**Mail:** peter.meier@bernerzeitung.ch

## Lauber greift durch

**BUNDESANWALT** Fünf Staatsanwälte des Bundes müssen gehen: Ihr Chef Michael Lauber will sie nicht mehr wiederwählen.

Bundesanwalt Michael Lauber ist seit 2012 im Amt. Er nutzt die erste sich bietende Gelegenheit, um mehrere personelle Wechsel durchzusetzen. Er will sich gemäss der «SonntagsZeitung» heuer von fünf Staatsanwälten



**Bundesanwalt Michael Lauber**

trennen. Die Bundesanwaltschaft bestätigt die genaue Zahl nicht: Betroffen sind demnach «etwas mehr als zehn Prozent der gewählten Staatsanwälte». Die Bundesanwaltschaft umfasst 31 Staatsanwälte. Da sie gewählt statt angestellt werden, kommt es nicht zu Entlassungen, sondern zu Nichtwiederwahlen. Lauber ist alleinige Wahlbehörde. Bei Nichtwiederwahl zahlt der Bund Abgangschadigungen von bis zu einem Jahreslohn. *sda/fab*

## Die Linke fliegt raus

**LUZERN** Die neue Regierung des Kantons Luzern ist rein bürgerlich und rein männlich. Erstmals seit 56 Jahren ist die Linke nicht mehr dabei. Die SP konnte den Sitz ihrer zurücktretenden Regierungsrätin Yvonne Schärli gestern im zweiten Wahlgang nicht halten. Die zwei Sitze, die noch offen waren, gingen an Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos), der unter anderem wegen seiner Steueroffensive kritisiert worden war, sowie an Paul Winiker von der SVP, die neu in die Regierung einzieht. Diese besteht aus CVP (2), FDP (1), SVP (1) und einem Parteilosen. *fab*

## Neuer Vorwurf gegen Markwalder

**PARLAMENT** Der Fall Kasachstan wird für die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder immer ungemütlicher: Sie soll Unterlagen, die dem Kommissionsgeheimnis unterstehen, weitergegeben haben. Diese gelangten nach Kasachstan.

Mitte August 2013 stellt FDP-Nationalrätin Christa Markwalder in der Aussenpolitischen Kommission (APK) mehrere Fragen, die der Bundesrat später schriftlich beantwortet. Vor allem wenn die Zeit knapp ist, kommt es vor, dass der Bundesrat nicht alle Fragen während einer Kommissionssitzung mündlich beantwortet. Doch die schriftliche Version untersteht genauso dem Kommissionsgeheimnis wie mündliche Aussagen. Trotzdem gab Markwalder die Antworten an die Lobbyistin Marie-Louise Baumann von Burson-Marsteller weiter. Baumann liess die Dokumente übersetzen und leitete sie weiter an Asta Peruaschew, der die regimenahe kasachische Partei Ak Schol leitet.

Gegenüber der «SonntagsZeitung», die dies publik machte, bestätigte Markwalder die Weitergabe an Baumann. Sie will aber nicht gewusst haben, dass Baumann die Unterlagen nach Kasachstan weiterreichen würde. Das sei «enttäuschend und höchst unprofessionell». Und: Die Zusammenarbeit mit Baumann sei aus heutiger Sicht ein Fehler gewesen. Gleichzeitig versucht Markwalder die Verletzung des Kommissionsgeheimnisses zu relativieren. Das Material sei weder brisant noch vertraulich gewesen. Die Weitergabe an eine Lobbyistin betrachtet sie rechtlich als Grauzone und verweist dabei auf eine Einschätzung von Felix Gutzwiller, Parteikollege (ZH) und Präsident der ständerrätlichen APK.

### Schwerer Verstoss

Ratskollegen in der APK beurteilen das jedoch anders. Das sei eindeutig nicht mehr im Graubereich, sondern ein schwerer Verstoss gegen die Gepflogenheiten in der Aussenpolitischen Kom-



**Christa Markwalder** versucht, sich zu rechtfertigen. Die fraglichen Dokumente seien weder brisant noch vertraulich gewesen.

mission, lautet der Tenor von Parlamentariern verschiedener Parteien. Kein Verständnis ist für die Vertrauensseligkeit Markwalders zu hören. Dass eine Lobbyisten Unterlagen an ihre Auftraggeber weiterleitet, müsse jedem Parlamentarier klar sein.

### Schlecht für die Kommission

CVP-Nationalrätin Kathy Riklin (ZH) beschreibt, wie es auch ohne Geheimnisverletzung funktionieren würde: Mit einer kleinen Anfrage im Rat erhalten Parlamentarier eine offizielle Antwort, die sie beliebig weiterverwenden dürfen. Demgegenüber unterstehen Antworten in Kommissionssitzungen mit gutem Grund einem Geheimnis. Nur so könnten Experten und Bundesräte in der Kommission offen sprechen. Mehrere der angefragten Aussenpolitiker kritisieren deshalb, dass das Verhalten Markwalders schlecht sei für die Kommission. Denn je weniger auf die APK-Mitglieder Verlass ist, desto vorsichtiger und unverbindlicher fallen in Zukunft die Antworten aus. APK-Präsident Carlo Sommaruga (SP) und sein Stellvertreter waren gestern nicht erreichbar. Andere APK-Mitglieder gehen aber davon aus, dass der Fall Markwalder an der nächsten Sitzung ein Thema sein und der Präsident «auf die Pauke» hauen wird.

Markwalder selber war gestern nicht für eine Stellungnahme erreichbar. Ihre Partei schaltete sich in die Kommunikation ein und veröffentlichte am späteren Nachmittag ein Communiqué. Darin bestreitet Markwalder nicht mehr, von der Zusammenarbeit zwischen Baumann und Kasachstan gewusst zu haben. Doch Baumann habe ihr gegenüber «ungenügend transparent gemacht, wie eng die Abstimmung» mit kasachischen Vertretern erfolgte.

Gutzwiller sagte gestern, eine solche Weitergabe von Informationen sei «unter Umständen» möglich, wenn dies «über das Kommissionssekretariat oder den Präsidenten geschieht». Bei Markwalder war das aber offenbar nicht der Fall, was das Argu-

ment der rechtlichen Grauzone untergräbt.

Auch in der Agenda der FDP Schweiz erhält der Fall nun mehr Gewicht: «Morgen wird sich die Parteileitung über die ganze Angelegenheit beraten», liess FDP-Präsident Philipp Müller gestern wissen. «Zu gegebener Zeit» werde darüber informiert.

Weil Markwalder im kommenden Jahr Nationalratspräsidentin werden soll, hat der Fall für die FDP zusätzliche Bedeutung. Denn wer das Amt der höchsten Schweizerin oder des höchsten Schweizlers bekleidet, ist für die Partei auch ein Aushängeschild. Normalerweise ist diese Wahl Formsache. Parlamentarier, die nicht namentlich genannt werden wollen, äussern sich nach den jüngsten Meldungen skeptisch oder halten es für möglich, dass Markwalder die Wahl nicht schafft. Ihre Glaubwürdigkeit sei schon angeschlagen, heisst es etwa. Handkehrum verstreich bis Ende Jahr noch viel Zeit – womöglich wird die Geschichte nach den Wahlen Ende Jahr keine Rolle mehr spielen.

Gutzwiller weist darauf hin, dass der Bundesrat zuvor Antworten auf eine Interpellation Markwalders beantwortet hatte. Und diese seien nahezu gleichen Inhalts gewesen wie die geheimen Antworten aus der Kommission. Das relativiert nach Ansicht des FDP-Ständerats die Schwere der Geheimnisverletzung.

### Anzeige gegen FDP-Mann

Juso-Präsident Fabian Molina bestätigte gestern einen Bericht der «SonntagsZeitung», wonach die Juso wegen eines Kasachstan-«Reisli» bei der Bundesanwaltschaft Anzeige gegen FDP-Nationalrat Walter Müller (SG) einreicht. Dabei soll auch Marie-Louise Baumann involviert gewesen sein. Eine Anzeige gegen Markwalder sei derzeit kein Thema, sagt Molina. Hier sei es erstens noch zu früh für einen solchen Entscheid. Zweitens habe der Fall nicht die gleiche Tragweite, da Christa Markwalder nach bisherigen Erkenntnissen keine finanziellen Vorteile erlangt habe. *Bernhard Kislig*

Keystone